

Aus der Sicht des Hinterbänklers

Fast wäre Martin Schöffel Ausschuss-Chef im Landtag geworden. Aber eben nur fast. Jetzt hat er einen holprigen Start in die neue Amtszeit hinter sich. Unterkriegen aber lässt sich der Wunsiedler davon nicht. Im Gegenteil.

Von Jürgen Umlauf

München/Wunsiedel – Martin Schöffel schnauft tief durch. „Das war schon ein spektakulärer Auftakt“, sagt er. So kann man das wohl nennen, was nach der Landtagswahl geschah. Da wollte der 37-jährige Abgeordnete aus Wunsiedel in seiner zweiten Legislaturperiode einer der einflussreichen Fachsprecher in der CSU-Fraktion werden. Sein Name kursierte schon vorher als möglicher Staatssekretär im neuen Kabinett Seehofer, Schöffel ging deshalb als Favorit in CSU-internen Wahlgänge. Doch aus dem Agrarsprecher wurde nichts, weil die Schwaben das Amt für sich reklamierten, und beim Versuch, Wirtschaftssprecher zu werden, unterlag er denkbar knapp dem CSU-Urgestein Erwin Huber.

In der oberfränkischen CSU war Schöffels Doppelkandidatur umstritten gewesen, am Ende hatte sich Bezirksprecherin Melanie Huml verzockt in ihrem Bestehen, Schöffel durchzusetzen. Es folgten über die Presse ausgetragene Scharmützel unter den oberfränkischen CSU-Abgeordneten, und Parteichef Horst Seehofer grollte vernehmlich über deren ungeschicktes Lavieren. Schöffel hatte sich stets herausgehalten aus diesem waschen schmutziger Wäsche. Klar, sagt er heute, habe er sich darüber geärgert, „wie das gelaufen ist in der Oberfrankengruppe“, aber Nachkarten bringe nun nichts mehr.

Für Schöffel bedeuteten die bitteren Niederlagen, sich wieder hinten



Muss sich nach zwei bitteren Niederlagen wieder hinten anstellen: der CSU-Landtagsabgeordnete Martin Schöffel aus Wunsiedel.

Foto: Miedl

anstellen zu müssen. Zwar sitzt der studierte Land- und Ernährungswirtschaftler wie gewünscht im Agrarausschuss, aber eben nur als einfacher Abgeordneter. Seinen Zweitposten im für ihn ungewohnten Rechts- und Verfassungsausschuss verdankt er dem Umstand, dass sich in der CSU kein Unterfranke dafür fand. Statt freier Auswahl also Resterampe.

„Klar, habe ich mich geärgert, aber Nachkarten bringt nichts mehr.“

Martin Schöffel über die verpassten Chancen, Fachsprecher zu werden, weil sich Oberfrankens CSU-Abgeordnete nicht einig waren.

Trotzdem klingt es bei Schöffel kein bisschen geflunkert, wenn er betont, „mit großer Freude bei der Arbeit“ zu sein. Die Kollegen im Agrarausschuss loben seinen Sachverstand, und den Rechtsausschuss erkennt er inzwischen als echte Bereicherung und „spannende Erfahrung“. Die langwierigen verkopften Debatten der Juristen seien zwar gewöhnungsbedürftig, dafür bekomme er einen

kompletten Überblick über die Landespolitik, weil alle neuen Gesetze durch den Rechtsausschuss müssten. Die Mitarbeit dort sei „meine Fleißaufgabe für die Fraktion“. Noch mehr gefällt Schöffel aber das Werkeln hinter den Kulissen. Einen Fraktionsantrag zu vertreten, sei das eine, aber die wirklich befriedigenden Momente als Abgeordneter seien die, wenn einem für die Heimatregion ein Coup gelungen sei. Schöffel zählt das neue Europäische Zentrum für Dispersions-Technologien auf, das nach Selb zu holen ihm in mühsamer Kleinarbeit und vielen Gesprächen gelungen sei. Oder dass es mit der Sanierung der Burg Hohenberg endlich weitergehen könne.

Derzeit bohrt Schöffel am dicken Brett einer Nachfolgenutzung für den Schneeberg-Turm im Fichtelgebirge und ist dafür mit diversen renommierten Forschungseinrichtungen in Kontakt. Um etwas zu erreichen, meint er, sei es egal, ob man im Landtagsplenum vorne sitze oder

hinten: „Man muss für alles Fraktion und Staatsregierung hinter sich haben.“ Allein erreiche man nichts.

Nach München hat sich Schöffel selbst ein Stück Heimat implantiert. Als frisch gewählter Abgeordneter hat er 2008 schon bald festgestellt, wie viele Fichtelgebirger in Münchner Behörden, Firmen und Medien Dienst tun. Schnell war die Idee von einem Fichtelgebirgs-Stammtisch in

der Landeshauptstadt geboren. Um die 100 Leute gehören inzwischen zu Schöffels Tafelrunde im Münchner Hackerhaus, an der alle zwei Monate in wechselnder Besetzung um die 20 Leute teilnehmen. Schöffel ist immer dabei und mitten drin. Bodenständig, unaufgeregt und unspektakulär geht es zu, manchmal auch ernsthaft und mit neuen Ideen. Also genau das Richtige für Martin Schöffel.

Zum Wohle des Hundeknochens

Als stiller Netzwerker ist Schöffel im Landtag zum Wohle des „Hundeknochens“ unterwegs. Der ist seit der Stimmkreisreform 2013 sein Betreuungsgebiet. Mit der umstrittenen Zusammenlegung der früheren Stimmkreise Wunsiedel und Kulmbach ist es auf das Doppelte gewachsen. Schöffel hat seinen Freunden mit dem Kunstkonstrukt gemacht und sagt: „Der Stimmkreis funktioniert.“ Von Wonnees im Westens bis Schirnding im Osten, von

Mehlmeisel im Fichtelgebirge bis Presseck im Frankenwald ist er nun unterwegs. „Die Wege sind weiter und ich kann nicht mehr so oft an jedem Ort sein“, benennt er die Nachteile. Mit einem Schmunzeln kehrt er aber auch die Vorteile heraus: „Ich habe jetzt drei Landräte und drei Bundestagsabgeordnete unter mir.“ In einer regelmäßigen Stimmkreis-Konferenz holt er alle Mandatsträger zusammen, um eine gemeinsame Linie für die Region zu finden.

König wundert sich über die Staatsregierung

Hof/München – Mit Erstaunen hat der Hofer CSU-Landtagsabgeordnete Alexander König erhebliche Veränderungen im Bayerischen Windatlas festgestellt. Der Atlas gilt als zentrales Planungs-Instrument zum Ausbau der Windenergie im Freistaat.

In der Anfang Mai vorgelegten neuen Fassung wundert sich König über ein Oberbayern der zwei Geschwindigkeiten. Im Vergleich zur Fassung des Jahres 2010 weist der Windatlas für diese Region plötzlich deutliche geringere Windgeschwindigkeiten aus. Auf eine Anfrage Königs, warum dies so sei, antwortete die Staatsregierung, dass die Messung aus dem Jahr 2010 „nicht mehr internationalen wissenschaftlichen Maßstäben“ entspreche.

Dass die neue Messmethode allerdings nur für Südbayern zu völlig neuen Ergebnissen kommt, macht König stutzig. Entsprechend süffisant fällt seine Reaktion aus: „Die hochwissenschaftlichen Erläuterungen aus dem Wirtschaftsministerium überzeugen mich natürlich endgültig

davon, dass die Staatsregierung bei der Messung der Windgeschwindigkeiten ausschließlich objektive Fakten und internationale Standards zugrunde legt.“ Ernsthaft betrachtet, könne er diese Vorgehensweise allerdings nicht nachvollziehen, sagt König, der zuletzt in mehreren Fällen deutliche Kritik an der Staatsregierung geübt hat.

Der neue Windatlas war Anfang Mai mit Spannung erwartet worden. Die Opposition erkannte darin den Beweis, dass in Bayern bei der Windenergie „Riesenspotenzial schlummert“. Vor allem in Franken könne der Wind „wirtschaftlich ein Segen“ sein, so die SPD. Vor diesem Hintergrund hält sie die von der Staatsregierung geplante Mindest-Abstandsregelung für „energiepolitischen Unfug“. In Hochfranken stoßen die Pläne für einen Ausbau der Windenergie zumindest in Teilen der Bevölkerung auf Kritik. Die Gegner beklagen unter anderem die weitaus größere Anzahl von Windrädern in der Region im Vergleich um Südbayern.

Viele Fragen zum Fall Schottdorf

München – Der erste Untersuchungsausschuss dieser Wahlperiode wird im Landtag voraussichtlich eine langwierige Angelegenheit: Die Aufklärung des Abrechnungssystems des Augsburger Laborarztes Bernd Schottdorf und der Untätigkeits-Vorfälle gegen die Staatsanwaltschaft wird mindestens ein Jahr dauern. Diesen Zeitraum nannte Florian Streibl, der Parlamentarische Geschäftsführer der Freien Wähler (FW). Den Fragenkatalog wollen FW und Grüne in Kürze ausarbeiten.

Bamberg ehrt Hitler-Attentäter

Bamberg – Die Stadt Bamberg setzt ein Zeichen gegen Rechts und ehrt mehrere Widerstandskämpfer aus dem Zweiten Weltkrieg mit einem Mahnmahl. Es wird voraussichtlich 2015 in Nähe des E.T.A.-Hoffmann-Theaters aufgestellt. Drei Porträtbüsten auf Stelen sollen die einstigen Bamberger Widerständler zeigen, hieß es gestern bei der Vorstellung: den jüdischen Sozialisten Willy Aron, den Rechtsanwalt Hans Wölfel und den Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

Bruno Kramm will's packen

Der Musikproduzent und Politiker bei den Piraten könnte Oberfrankens zweiter Europaabgeordneter werden. Sollten die Piraten 3,5 Prozent der Stimmen erhalten, wäre der Wirsberger in Brüssel.

Von Melitta Burger

Wirsberg/Cottenau – Was es heißt, auf internationalen politischen Bühnen tätig zu sein, hat Bruno Kramm aus Cottenau in diesen Tagen hautnah erfahren. Am Dienstag jettete der Musikproduzent und Europakandidat der Piratenpartei nach Washington, um an einer weiteren Verhandlungsrunde für das geplante Freihandelsabkommen mit den USA teilzunehmen. Kramm gilt als überzeugter Skeptiker in dieser Sache, würde das Abkommen am liebsten verhindern. Er hat für fast 200 sogenannte Nicht-Regierungs-Organisationen in Washington das Wort ergriffen und es mit seinen Blickwinkeln auf das Abkommen sogar bis in die Tagesschau geschafft. Am Sonntag will Kramm eine noch viel höhere Hürde nehmen und Mitglied des europäischen Parlaments werden. Alles hängt nun davon ab, ob die Piraten auf mindestens 3,5 Prozent kommen.

„Wir brauchen ein Europa der Bürger und der Vernunft und nicht ein Europa der Konzerne und Großbanken.“

Europakandidat Bruno Kramm



Der Hut und das flammend rote Haar sind seine Markenzeichen: Bruno Kramm hat sich als Musikproduzent und Politiker der Piraten einen Namen gemacht.

noch einen zweiten Abgeordneten in Brüssel. Sebastian Fischer (SPD) aus Zell hat auf Platz 85 seiner Liste wenig Aussichten, gewählt zu werden.

Die Teilnahme an dem sogenannten „Stakeholder-Forum“ über das TTIP-Abkommen mit den USA war Schramm sehr wichtig. „Traditionell war es bisher so, dass es Konzerne und Verbände waren, die zu diesen Stakeholder-Meetings kamen. Mittlerweile gibt es ein bisschen mehr zivilgesellschaftlichen Input.“ Es ärgert Kramm, dass die Menschen über das geplante Abkommen noch immer so wenig wissen, obwohl darüber bereits in der fünften Runde verhandelt worden ist. Dabei hat er in Washington den Eindruck gewonnen, dass das „grundsätzliche Konstrukt be-

reits steht.“ Aus seiner Skepsis macht der Cottenauer keinen Hehl, spricht offen von einer „Nebelkerzenveranstaltung“ und traut dem gesamten Prozess dieser Verhandlungen nicht. Niemand werde das gesamte Bild konkret transparent gemacht, immer nur Stückchen. Das spreche für bewusste Verschleierung. Die dürfe es aber schon wegen der Relevanz für den Verbraucherschutz nicht geben.

Transparenz ist ein Begriff, den Kramm oft verwendet und er will, ob es nun um TTIP oder Europa geht, mehr „Input“ für die Bürger. Ob es um das Freihandelsabkommen oder um europäische Politik geht: Kramm will Entscheidungen auf eine möglichst breite bürgerschaftlich getragene Basis haben und er glaubt fest daran: Wenn den Menschen Politik transparent gemacht werde und sie das Gefühl haben, gefragt zu werden, mitentscheiden zu dürfen, dann sinke auch die Politikverdrossenheit.

230 Millionen Euro gegen Hochwasser

Von Jürgen Umlauf

München – Die Staatsregierung will bis spätestens 2020 ganz Bayern gegen die Folgen eines 100-jährigen Hochwassers gewappnet haben. Das kündigte Umweltminister Marcel Huber genau ein Jahr nach der verheerenden Flutkatastrophe an der Donau im Umweltausschuss an. Pro Jahr werden bis dahin rund 230 Millionen Euro Maßnahmen zum Hochwasserschutz zur Verfügung stehen, ein Drittel davon an der Donau. „Wir sind dabei, Bayern wasserdicht zu machen“, sagte Huber. Wegen der erwarteten Folgen des Klimawandels mit immer häufigeren und extremen Hochwasserlagen würden alle Projekte mit einem Sicherheitszuschlag von 15 Prozent versehen. Hochwasserschutz erspare „viel Leid und Geld“, betonte Huber.

Nach seinen Ausführungen ruht das Schutzkonzept auf drei Säulen. Zum einen sollen zusätzliche natürliche Rückhalteflächen geschaffen werden. Seit Programmbeginn im Jahr 2001 seien bereits 55 Kilometer Deiche zurückverlegt, 25 Millionen Kubikmeter Retentionsräume geschaffen und 270 Hektar Auwälder angelegt worden. Nötig sei aber auch weiterer technischer Hochwasserschutz durch neue Deiche, Talsperren oder Flutpolder, erklärte Huber.

Als weiteren Punkt nannte der Minister die verbesserte Hochwasservorsorge, zum einen durch ein ausgebauten Frühwarnsystem, zum anderen durch das konsequente Freihalten potenzieller Überflutungsbereiche von Bebauung.

Zeil nennt Seehofer „verantwortungslos“

München – Ex-Wirtschaftsminister Martin Zeil, FDP, hat den Kurs von Ministerpräsident Horst Seehofer und dessen Regierung bei der Energieende scharf attackiert. Konkret kritisierte Zeil das Bremsen Seehofers bei der umstrittenen Stromtrasse quer durch Bayern und beim Bau neuer Windräder.

„Der Netzausbau stockt, zumal die amtierende Staatsregierung eine populistische Kehrtwende vollzogen hat und dem Gerede über sogenannte „Monstertrassen“ oder „schlechten“ Strom auch noch Vorschub leistet“, klagte er. „Wer so handelt, gefährdet Tausende von Arbeitsplätzen.“ Und wenn die CSU Potenziale für Windenergie und Wasserkraft „durchsichtigen Wendemanövern“ opfere, hintertreibe sie das Ziel, die Stromversorgung Bayerns bis 2021 zur Hälfte aus erneuerbaren Energien zu decken.

Staatskanzleichefin Christine Harderthauer wies Zeils Kritik zurück. „Verantwortungslos ist es, die Energieende über die Köpfe der Bürger hinweg zu wollen“, sagte sie.

Frage des Tages

Die Sache mit der Himmelsreise

Ein Leser hat gehört, dass in diesen Tagen die Muslime der „Nacht der Himmelsreise“ gedenken. Er möchte wissen, was das ist.

An die Nacht der Himmelsreise erinnern Muslime in der Nacht von Sonntag auf Montag, 25. Mai. Die Feier zu Ehren der Reise des Propheten Mohammed von Mekka nach Jerusalem und seiner anschließenden Himmelfahrt zählt zu den fünf gesegneten Nächten im Islam. Der Legende zufolge ritt Mohammed nachts auf seinem geflügelten Fabeltier Buraq von Mekka nach Jerusalem. Am Felsendom stieg er mit einer Leiter empor, sodann führte ihn der Erzengel Gabriel durch alle sieben Himmel. Unterwegs traf Mohammed auch auf die Propheten Abraham, Moses und Jesus. In dieser Nacht verpflichtete Gott die Muslime, fünfmal am Tag zu beten.

Kontakt zur Leserinwältin:
Telefon 09281/816100
Fax 09281/816423
leseranwalt@frankenpost.de
Twitter: @KerstinDolde
www.frankenpost.de/leseranwalt